



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

31. Oktober 2022
Born Rolf

A 850 Anfrage Häfliger-Kunz Priska und Mit. über den Bedarf der Schulsozialarbeit im gymnasialen Bereich und in der beruflichen Grundbildung (SEK II) / Bildungs- und Kulturdepartement

Priska Häfliger-Kunz ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Priska Häfliger-Kunz: Vielen Dank an die Regierung für die Beantwortung der Fragen. 588 Lernende haben 2021 das Angebot der Schulberatung in der Berufsbildung und am Gymnasium in Anspruch genommen. Das sind 25 Prozent mehr als im Jahr 2020. Das Bedürfnis nach psychologischer Beratung und Abklärung im gymnasialen Bereich und in der beruflichen Grundbildung ist stark gewachsen. Die Zahlen belegen dies leider eindrücklich, und es muss befürchtet werden, dass es eine hohe Dunkelziffer gibt. Aber nicht nur Lernende, sondern auch Berufsbildner und Berufsbildnerinnen, Erziehungsberechtigte, Lehrpersonen und Schulleitungen gehören zur Kundschaft der Schulberatung. Helppoints oder Schulberatungen sind oft nicht vor Ort an den Schulen installiert. Die Organisation generiert viel Aufwand für die Prorektorate und die Klassenlehrpersonen betreffend Betreuung. Fast an allen Fachschulen hat man langjährige Erfahrungen mit der Schulsozialarbeit. Eine Ansprechperson vor Ort erleichtert es den Lernenden, bei Bedarf Kontakt aufzunehmen. Ebenso wichtig ist aber die präventive Arbeit der Schulsozialarbeit bei den unterschiedlichsten Themen, die junge Erwachsene beschäftigen. Nach den Ausführungen der Regierung muss man sich überlegen, ob das Angebot der Schulberatung und der Helppoints genügt, um dem nachgewiesenen gestiegenen Bedarf nachzukommen, oder ob es zusätzliche Unterstützung an den Gymnasien und an den Berufsschulen braucht. Da könnte zum Beispiel das Angebot der Schulsozialarbeit vor Ort unterstützend wirken für Lernende, Lehrpersonen, aber auch Berufsbildner und Berufsbildnerinnen und Erziehungsberechtigte.

Jonas Heeb: Ich danke Priska Häfliger-Kunz für die wichtige Anfrage, und ich danke auch der Regierung für die Beantwortung. Es ist klar herauszulesen, dass der Bedarf an psychologischer Beratung und Abklärung hoch ist – leider. Für uns ist es relativ klar, dass eine Einführung der Schulsozialarbeit auf Sekundarstufe II helfen könnte. Ein Postulat für die Einführung an den Untergymnasien ist schon deponiert. Ich hoffe auf die Unterstützung der Regierung, dies als Prüfauftrag entgegenzunehmen. Aktuell sind auf dieser Stufe häufig auch die Klassenlehrpersonen belastet, welche diese Rolle übernehmen. Das ist für uns ganz klar die falsche Anlaufstelle. Natürlich haben die Klassenlehrpersonen eine erweiterte Funktion, als nur Fachlehrpersonen zu sein, trotzdem ist für Probleme von einer gewissen Tragweite die Klassenlehrperson nicht der richtige Ansprechpartner und wahrscheinlich auch nicht der angenehmste für Schülerinnen und Schüler, um solche Anliegen zu platzieren. Kommt noch dazu, dass die Belastung von Klassenlehrpersonen sowieso schon relativ gross ist und diese in der Regel auch nicht die Ausbildung haben, um solche Fälle zu behandeln.

Wie die Antwort auch zeigt, gibt es andere, unterschiedliche Angebote. Ziel ist nicht, dass ein Chaos entsteht mit vielen verschiedenen Angeboten, bei denen niemand mehr drauskommt. Es zeigt sich aber ein hoher Bedarf an Beratungen und somit auch ein Bedarf für präventive Wirkungen. Genau das ist das Ziel der Schulsozialarbeit. Sie soll nicht erst dann installiert werden, wenn die Überlastung schon da ist, sondern sie soll Anlaufstellen schaffen, die in jedem Fall erreichbar sind. Ein zusätzliches Angebot zu den bereits bestehenden Stellen kann und soll nicht dazu dienen, schwerwiegende psychische Belastungen und Probleme alle auf einmal zu lösen. Wenn aber nur schon eine niederschwelligere Anlaufstelle vor Ort da ist, welche falls notwendig weitervermittelt, ist schon ein extrem wertvolles Angebot geschaffen, welches die Schwelle hemmt, ein Problem anzugehen. Wir danken für die Fragen und die Antworten und hoffen auf die Unterstützung des entsprechenden Postulats.

Stephanie Sager: Wir haben es von Priska Häfliger-Kunz gehört: Immer mehr Kinder und Jugendliche benötigen psychiatrische oder psychologische Unterstützung. Gerade Jugendliche, welche den gymnasialen Bildungsweg einschlagen, sind sehr früh mit 12 oder 13 Jahren sich selbst überlassen und erfahren nicht die gleiche pädagogische und schulische Unterstützung wie Sekundarschülerinnen und -schüler. Sie befinden sich jedoch wie alle andere in ihrem Alter in der sensiblen Phase der Pubertät und haben mit Leistungsdruck und anderen Herausforderungen zu kämpfen. Wie wir wissen, sind Kinder- und Jugendpsychologinnen in unserem Kanton seit langer Zeit chronisch überbelastet. Auch das Angebot der Ambulatorien und Kinder- und Jugendpsychiatrien kommt an seine Grenzen, es bestehen lange Wartefristen. An Gymnasien und in der Berufsbildung würde dennoch ein niederschwelliges Angebot – also eine Schulsozialarbeiterin oder ein Schulsozialarbeiter, welcher oder welche vor Ort ist – absolut Sinn machen, damit Jugendliche im Fall von familiären, schulischen oder persönlichen Schwierigkeiten eine Ansprechperson an der Schule haben. Wenn Krisen frühzeitig erkannt und angegangen werden, können schlimmere Verläufe verhindert werden. Das kann durch Schulsozialarbeit sehr wohl erreicht werden. Es ist besser und auch wirtschaftlicher, das Angebot von Schulsozialarbeiterinnen auszubauen, als bei Kindern und Jugendlichen, die schlussendlich eine tiefe Krise haben, Notfallmassnahmen wie stationäre Aufenthalte in Psychiatrien oder anderen teuren Institutionen finanzieren zu müssen.

Rosy Schmid-Ambauen: Priska Häfliger-Kunz hat umfassende Fragen zum Bedarf und zu den Möglichkeiten der Schulsozialarbeit auf der Stufe der Gymnasien und der Berufsbildung gestellt. Die Regierung legt in der Antwort dar, dass die Lernenden viel Unterstützung nachfragen und der Kanton auch einige Gefässe anbietet wie Schulberatung in den Berufsschulen und Gymnasien für Lehrpersonen und Eltern, Helppoints in den Berufsbildungszentren, eine interne Schulberatung für Klassenlehrpersonen, ein Case Management Berufsbildung usw. Bezüglich weiterer Angebote müsste zuerst der Bedarf erhoben werden. Für die FDP ist es wichtig, dass eine Unterstützung für die Studierenden möglichst nahe und niederschwellig erreichbar ist. Schulsozialarbeit kommt dieser Anforderung nur teilweise nach.

Bernhard Steiner: Die Anfrage zielt darauf ab, dass künftig in den Gymnasien und Berufsschulen die Schulsozialarbeit flächendeckend eingeführt wird. Es steht ausser Zweifel, es ist im Alterssegment der Schülerinnen und Schüler in den Gymnasien und Berufsschulen mit einem zunehmenden Bedarf an psychologischen Beratungen und Abklärungen zu rechnen. Wir zweifeln aber daran, ob die Schaffung von zahlreichen Stellen in der Schulsozialarbeit hier wirklich Abhilfe schaffen kann. Die betroffenen Schülerinnen und Schüler brauchen häufig professionelle Hilfe von psychotherapeutischen Fachpersonen, und da besteht ein grosser Mangel an notwendigen Interventionsstellen. Zudem wäre auch zu überlegen, warum eine Zunahme zu verzeichnen ist. Da könnte man mit den richtigen Schlüssen die notwendigen präventiven Massnahmen treffen, damit man dies verhindern kann. Die SVP wird allfällige Absichten, die Schulsozialarbeit an den Gymnasien und Berufsschulen flächendeckend einzuführen, nicht unterstützen.

Angelina Spörri: Die Anzahl an psychisch belasteten Kindern und Jugendlichen ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Kantonale Beratungsstellen und Einrichtungen sind völlig

überlastet, und die Wartezeiten lang. Es ist ausserordentlich wichtig, dass den Jugendlichen in ihrer Not möglichst schnell geholfen wird, um schwere und chronische Erkrankungen zu verhindern. Die Schulsozialarbeit auf der Sekundarstufe I hat sich als obligatorisches Angebot etabliert und funktioniert sehr gut. Es ist aber im Kanton Luzern in der gymnasialen Bildung und der beruflichen Grundbildung auf Sekundarstufe II nicht gesetzlich verankert. Zwar gibt es auch hier Möglichkeiten, Hilfe zu bekommen, sie sind aber umständlicher, es gibt längere Wartezeiten, und sie sind beschränkt und/oder limitiert verfügbar. Wieso nicht ein gut funktionierendes System kopieren und ausweiten? Es geht ja nicht darum, diverse Stellen zu schaffen, sondern ein gutes System flächendeckend einzusetzen und so das ganze System zu vereinfachen. Die GLP ist überzeugt, dass mit einem Angebot, wie wir es auf Sekundarstufe I kennen, am richtigen Ort die richtigen Hilfeleistungen zur Verfügung gestellt werden könnten. Wartezeiten und allfällige Hemmschwellen könnten abgebaut und es könnte mehr Kindern und Jugendlichen geholfen werden.

Pia Engler: Ich möchte gerne den Fächer aufmachen, denn jetzt wird suggeriert, die Schulsozialarbeit sei nur eine Einzelberatung. Das ist bei Weitem nicht so. Die Schulsozialarbeit wird von ausgebildeten Sozialarbeitenden geleistet, welche auch Lehrpersonen beraten, die nicht mehr wissen, wie sie mit Kindern oder Jugendlichen umgehen sollen. Sie machen Gruppeninterventionen, wenn Mobbing passiert. Sie sind professionell ausgebildet für diese Bereiche. Sie erkennen Probleme, können einordnen und die richtige Triage vornehmen. Ich bin mit Bernhard Steiner einig, dass es Fachpersonen braucht für die psychiatrische und therapeutische Unterstützung, aber wir müssen sehen, dass es in den Schulstufen ganz viele Kinder und Jugendliche gibt, bei denen es nicht einfach um eine psychische Angeschlagenheit geht, sondern es geht auch um viele andere Themen. Wir haben vorher über die Sexualbildung gesprochen. Mein Körper gehört mir, ein Nein ist ein Nein usw. Das sind alles Themen, welche die Schulsozialarbeit auch aufnimmt und wo man bereits in der Primarschule sehr erfolgreich unterstützt. Wenn Sie mit Lehrpersonen sprechen, können Sie erfahren, dass diese teilweise sehr froh sind um die Unterstützung und Beratung im Hintergrund von Personen, die geschult sind im Umgang mit schwierigen Jugendlichen und auch mit Gruppen. Ich finde es wichtig, hier den Fokus aufzumachen und uns nicht nur auf die Einzelberatungen zu fokussieren.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Es ist eine Tatsache, dass es auf diesen Schulstufen mehr psychische Belastungen gibt. Ich würde es trotzdem nicht generalisieren und alles schlechtreden. Es ist wichtig, dass man eine neutrale Anlaufstelle hat für die Schülerinnen und Schüler wie auch für die Lehrpersonen. Dann müssen aber die professionellen Strukturen greifen. Wir können nicht überall alles aufbauen, das bringt nur eine Verzettelung. Vielleicht ist es auch nicht ganz so einfach. Was ist denn eine psychische Belastung? Vielleicht hat das mit der Berufs- und Studienwahl zu tun, vielleicht sind es familiäre Geschichten. Es gibt viele Ursachen. Das kann man nicht auf jeder Stufe überall abfangen. Sicher ist es korrekt, wenn man eine Anlaufstelle hat und das teilweise von den Lehrpersonen wegnimmt, ohne sie aus der Verantwortung zu nehmen. Das erscheint mir sinnvoll.